

Postische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Besondere Beilagen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Geschießungswiese usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredaktion: Georg Bernhard Verarm.
Redaktion: Hans D. Handeltel: Carl Müsch, Berlin Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend

Schriftleitung: Berlin SW68, Kochstraße 22-26

Vertriebs-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofs 8000-2065,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3086-3098 Telegramm-
Adresse: Ullsteinan, Berlin Postfachnummer Berlin 904.

Vormarsch der Feuchten

Gundbrief der „Postischen Zeitung“

wach Nein Post, 20. März

Das Interimste der Reichsstaatsräte des Senats beschloß mit 4 gegen 1 Stimme, daß der Reichsausschuß die öffentliche Verwaltung über die Abänderung des Postgesetz-Ansatzes. Dabei sollen Feuchte und Prozedur je eine Woche festgehalten haben, dem Ausschuß für Material öffentlich vorzutragen. Die Entscheidungsgrundlage soll der vorliegende Gesetzentwurf über die Wiedereinführung des Gemeindebestimmungsrechts sein. Der Ausschluß kann vom Reichsausschuß aufgehoben werden, was jedoch unwahrscheinlich ist.

Krise in Peking

Kabeldienst der „Postischen Zeitung“

E. v. S. Peking, 20. März

In Peking wurde der Ausnahmestatus erklärt. Die Regierung beschloß die Beschaffung der kommunalistischen Mitglieder und Universitätsprofessoren. Eine Parteiführungsabteilung hat eingeleitet. Die Zeitungen werden gesperrt. In der Stadt herrscht außerordentlich Ruhe. Die Truppen erreichen sich auf unterirdisch.

Bei den letzten blutigen Zusammenstößen wurden die Truppen und Studenten in Peking auf 50 Tote und 70 Verwundete. Das Kabinett beriet in einer besonderen Zusammenkunft über eine Depesche von Feng-Yu-chiang, worin er den Ministerpräsidenten des Kabinetts äußerte wegen der Studentenunruhen und der Lebensgefahr. Das Kabinett beschloß seine Demission und reichte sie sofort dem Präsidenten ein.

Frankreich vermindert die Dienstzeit

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

Paris, 20. März

Reichsminister Painlevé teilte in der Wehrkommission der Kammer mit, daß er am Montag sein Reformgesetz einbringen werde. Es habe sich bezüglich demnach beschlossen, eine Verkürzung der Dienstzeit auf 18 Monate vorzuschlagen, bemerkt aber, daß dies nur ein Übergang zur einjährigen Dienstzeit sei.

Englische Isolierungs-Beforgnisse

Der Prestigeverlust von Genf

Nachrichtendienst der „Postischen Zeitung“

London, 20. März

Seit den schlimmsten Tagen der Aufregung in der Versammlung der deutschen Nationen hat in London noch nie eine politische Depression geherrschet wie nach den Genfer Beschlüssen, die von Parlament, Regierung und Presse als erste Säuberung des nationalen Prestiges empfunden wurden. Man fürchtet, daß die Genfer Vorgänge die Forderung der beschleunigten und die Verletzung der britischen Beziehungen bringen werden. Mit ein System grenzenloser Neutralität beider Teile des Ostens und Westens und der Welt. Die Genfer Beschlüsse sind auch die Ursache für eine englische Isolierung.

Die Genfer Vorgänge werden in ihrer historischen Wirkung für die englische Politik noch unterirdisch durch die Stöhrerschaft der schlagendsten amerikanischen Unterstützung von Europa. Ein englisches amerikanisches Prestigeverlust an Europa würde man in künftigen politischen Kreisen zwar ganz gern sehen, weil es England von dem moralischen Schloß befreien würde, bei der Vermittlung der französischen Schuld als politisches Instrument an den Instabilitäten der Weltmacht Amerikas. Nichts desto weniger, besonders hervorzuheben ist die Wahrscheinlichkeit, daß die amerikanische Isolierungspolitik auch auf die Zustimmung der bereits löcher gewordenen Zusammenarbeit der anglo-amerikanischen Mächte in Ostasien auswirken würde, da die Union nicht mit dem Reich der Nationen gegen die englische Mächtepolitik mitarbeiten zu werden wünscht.

Für die englische Außenpolitik wäre es ein harter Schlag, wenn England sich zugleich in Europa zwischen den deutschen und französischen und in Ostasien zwischen den amerikanischen und japanischen Einfluß gestellt hätte. Diese doppelte Isolierung, ver-

Genfdebatte im Landtag

Deutschnationale Einmischungskomödie

Im Reichstagen Landtag begann heute mittig die Aussprache über den Etat des Reichsausschusses. Zunächst hat sich nach Abschluß der Deutschnationalen und Kommunisten es für angebracht gehalten, diese Gelegenheit zu ergreifen, um der Genf-Debatte des Reichstages zuvorzukommen. Es ist unangenehm, daß die beteiligten Parteien kein Verständnis für die Wirkung dieser Landtagsdebatte über außenpolitische Fragen haben. Wenn in den Hauptblättern der Welt Berichte über eine Genf-Debatte aus Berlin erschienen, daß der plötzliche Fall der verantwortlichen Faktoren zu einem schließlichen Regierungsverlust zu verurteilt werden, so muß diese vollkommenen Verzerrung dazwischen. Kommen dann am Montag oder Dienstag neue Berichte, diesmal aus dem Reichstag, so wird die Verzerrung gefeiert und außerdem das Interesse für die entscheidende Auseinandersetzung geschwächt. Gegen diese Verfahren des Reichstages Landtag muß mit aller Entschiedenheit im Interesse des deutschen Staates und der deutschen Gesamtpolitik Einspruch erhoben werden.

Der erste Redner war der sozialdemokratische Abg. Feil, der sich darauf befriedigt, Preussens Unterstützung für die Reichspolitik zu bekräftigen.

Dann aber kamen die Deutschnationalen, die durch ihren Parteiführer ein formales Einverständnis abgeben ließen, die eine direkte Einmischung in die Reichspolitik herbeiführte.

Sollten wir, so heißt es in der Erklärung, eine Neuerung zu Preußen, die nicht eine reine Parteiregierung ist, dann dürfen wir erwarten, daß die Preussische Regierung als die Vertreterin des größten deutschen Landes in jeder Beziehung der Nation ihren ganzen Einfluß in den Reichstag zu schenken als möglich zurückgenommen werde. (Sehr Zustimmung bei den DNal.) Dies Vertrauen haben wir zu dieser Regierung nicht. Ich bitte, diese Erklärung als besondere Form des Minderheitsentwurfs anzusehen. Die Zurücknahme des Aufnahmeforschusses hätte

son in Genf erfolgen sollen, als unsere Vertreter sehen, daß der Zweck des ganzen Abkommens dort war, eine Form zu finden, wie man Polen in den Völkerverbund hineinzubringen könnte als Gegenengewicht gegen Deutschland, um Deutschlands Teilnahme am Völkerverbund von vornherein zu unterwerfen und Deutschlands Einfluß, namentlich zum Schutze deutscher Minderheiten in anderen Ländern, von vornherein illusorisch zu machen. (Sehr großes Gekohle bei den DNal.) Eine direkte sofortige Zustimmung würde der einzig richtige Weg gewesen, um aus der Genfkomödie von Genf herauszukommen. (Erneute Zustimmung.)

Wenn ich nun Kommissarische probe, so möchte ich das Verhalten und die Rolle unserer Vertreter in den Tagen nicht etwa als „traulich“ bezeichnen. Unserer Vertreter, die zehn Tage lang mit dem Gute in der Hand im Vorzimmer gestanden haben, haben sich in Genf übergeben können, weil der Herr von Locarno ausgehen hat in Locarno selbst, wo ihre Vertreter hinter ihrem Rücken bereits Besprechungen über die Deutschlands Eintritt in den Völkerverbund von vornherein für Deutschland entworfen hatten. (Sehr richtig bei den DNal.) Man lese die englischen Stimmen über diese unfaire Spiel des englischen Ministers. Ich erinnere daran, daß dieses unfaire Spiel dem englischen Minister in England selbst zum Vorwurf gemacht worden ist, und daß dieser Vorwurf in der ganzen Welt überhört hat. Ich erinnere an die Stimmen in Amerika, die das ganze Locarno-Verständnis einen Schlag in das Herz Deutschlands nannten. (Sehr richtig bei den DNal.)

Damit vergleiche man die Worte, die auch schon hier über den „deutschen und ausländischen Part“ von Locarno. Die Minister, die die Opposition in ihrer Heimat führen, treffen ein Sicherheitsabkommen, um ihrem Parlament gegenüber das Beste zu zeigen zu können. (Sehr richtig bei den DNal.) Wir aber erweisen den schwersten Vorwurf gegen unsere Vertreter gerade wegen dieses Abkommens. Geköhnt sie doch offenbar wieder die unheimlichen Bindungen eingegangen zu sein, nachdem sie durch das oben erwähnte Eingehen auf die Verhandlungen hinter dem Rücken ihrer Ministerkollegen durch die Zustimmung zum Locarno-Vertrag das ganze Unheil heraufbeschworen haben.

Bei der ersten Sitzung abgelesen, stellen unser Feind, Spanien verflucht, die Beziehungen zu Südamerika gefährdet, aber die Amerikaner in das Mittelmeer zwischen England und Frankreich, die sich schon seit Jahren Deutschlands gegenüber mit Fall zu Fall sich verhalten haben und in Zukunft das recht tun werden. Polen aber — ich erinnere daran, daß wir freie Hand bekommen wollen! — Polen heute zu neuen Ansprüchen aufgefordert und nicht gelübt in diesen Grenzen.

Wir haben das Wort von Locarno verurteilt, als es fertig war. (Sehr richtig) — Jetzt bei den DNal. vorher wurde es so gehalten gehalten! Wir haben die schwersten Beschuldigungen an die Locarno-Politik geknüpft. Aber die ausweichende Phantasie hätte nicht ein Wort eines letzten Julian mehr ausgesprochen, wenn wir können, wie wir es jetzt nur angehen. Eine neue Atmosphäre solle von Locarno ausgehen. Was war uns alles verprochen worden! Ja, eine neue Atmosphäre ist da; es ist die von Genf. Amerika, das bisher immer ausweichend dem Völkerverbund gegenüber stand, bekräftigt sich jetzt vor diesem Völkerverbund mit dem ganzen Inhalt des Genf, das er nicht haben. Wegen war die frühere „Lautsprecher“, das ist ein Widerspruch! In den Antworten auf die Antworten werden wir noch weiter machen, wenn wir in dem Völkerverbund Aufnahme erziehen, in diesem Völkerverbund, eine weitere öffentliche Beschuldigung gegen die Freiheit der Nationen darstellt. Ich hoffe, daß der preussische Ministerpräsident durch seine Erklärungen dieses unser Maß tun schämen und widerlegen wird. (Stimm. Beifall bei den DNal.) — Harzig und Gegenüberbindungen links und in der Mitte.)

Der Sprecher des Reichstages, Abg. Feil, meinte, die Erläuterung der DNal ist sehr bedauerlich, aber nur, wenn sie den Zweck habe, die Nation des Reiches nach außen zu führen. Die Zusammenfassung der „deutschen Einseitigkeit“, ebenfalls die deutsche nationale Erklärung finden alle andere dar, als eine solche Erklärung. In die Deutschnationalen richtete der Redner die Frage, was geschähe, wenn Deutschland entsprechend der Forderung sich als Zwischenschlichter in den Völkerverbund aufstellen. Man möge über den Völkerverbund denken wie man will; durch den langen Krieg hat sämtliche internationalen Beziehungen Deutschlands zerstört worden; durch den Eintritt in den Völkerverbund können die so notwendigen Beziehungen wiederhergestellt werden. Der Redner betonte zum Schluß, daß seine Hoffnung die deutsche Außenpolitik unterließe. Die deutsche Außenpolitik, die deutsche Außenpolitik, die deutsche Außenpolitik müssen sich erörtern.

Abg. Dr. Feilich (D. Sp.) wies mit Recht darauf hin, daß die außenpolitische Politik nur Sache der verantwortlichen Leiter der Reichspolitik sein könne, da sie allein alle